



Kommunalwahl 2006

Wahlprogramm für den Landkreis
Peine

Für eine ökologische, soziale und bürgernahe Kommunalpolitik

GRÜNE lokale Politik tritt nach wie vor für eine **Verbesserung der Lebensqualität** ein. Sie orientiert sich in ihrem Handeln an die in der AGENDA 21 fixierten Zielen der Umweltverträglichkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Sozialverträglichkeit sowie der Beachtung des lokalen Handelns auf mögliche Auswirkungen von globalem Ausmaß.

GRÜNE treten ein für eine Politik, die die Folgen des Handelns für die nachfolgenden Generationen beachtet, damit diese mindestens noch die gleichen Entwicklungschancen haben wie die gegenwärtige Generation.

Die Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene bewegen sich im engen Rahmen von Bundes- und Ländergesetzgebung. Dennoch bleiben zu nutzende Spielräume für die Gestaltung vor Ort. Diese gilt es für die Kommunen im Sinne aller Bürgerinnen und Bürger zukunftsfähig auszufüllen.

„Weg vom Öl“ – Energiewende jetzt!

Bündnis 90/Die Grünen stehen für die endgültige Abkehr von fossilen Brennstoffen und befürworten den weiteren **Ausbau erneuerbarer Energien**. Dies ist nicht nur aufgrund des fortschreitenden Klimawandels dringend erforderlich, es ist auch wirtschaftspolitisch der richtige Schritt. Es sind Branchen wie die Windkraft, die zahlreiche zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen haben. Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung dieser Ziele im Landkreis Peine ein, damit die **Energiewende** so schnell wie möglich vollzogen wird.

- Die **Windkraft** ist weiterhin ausbaufähig. Weitere Standorte sind zu prüfen, darüber hinaus sollen bestehende Anlagen ausgebaut und optimiert werden.
- Bei sämtlichen kreiseigenen Neubauten und Sanierungsarbeiten ist die Einrichtung von **Solaranlagen** zu prüfen. Wir fordern die Nachrüstung von Solaranlagen an Liegenschaften des Kreises, soweit diese dafür geeignet sind. Privaten Investoren soll die Möglichkeit zur Anmietung öffentlicher Dachflächen gegeben werden.
- Verstärkt sollen Standorte für das Errichten von **Biogasanlagen** ausgewählt werden. Die Standorte müssen eine sinnvolle Wärmenutzung garantieren und in einer geringen Belastung für Anwohner und Umwelt resultieren.

- Neben dem Umstieg auf erneuerbare Energieträger muss das **Energiesparen** oberste Priorität haben. Hierzu ist eigenverantwortliches Energiesparen mit Gewinnbeteiligung in öffentlichen Einrichtungen weiterhin zu unterstützen.
- Um verstärkt Energie zu sparen, muss in öffentlichen Gebäuden **Wärmedämmung** auf modernem Standard zum Einsatz kommen.
- Die Erhöhung des Anteils der **Kraft-Wärme-Kopplung** ist gemeinsam mit den Kreisgemeinden zu planen und umzusetzen. Ziel ist die Vernetzung einzelner Anlagen zu einem Gesamtsystem, sogenannten virtual-private-power-plants.
- Der **Ausstieg aus der Atomenergie** ist ohne Alternative. Die in letzter Zeit aufgekommene Debatte über die Verlängerung von Laufzeiten lehnen wir ab. Atomkraft ist weder sauber noch sicher, sie gefährdet nicht nur die jetzige, sondern auch kommende Generationen. Zum 20. Mal jährte sich in diesem Jahr die Katastrophe von Tschernobyl – damit sich ein solcher GAU nicht wiederholen kann, stehen wir für den endgültigen Verzicht auf Atomkraft.
- Die Inbetriebnahme von **Schacht Konrad als Atommüllendlager wird weiterhin konsequent abgelehnt**. Bündnis 90/Die Grünen werden sich auch weiterhin im Kreistag dafür einsetzen, alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Inbetriebnahme zu verhindern. Transporte atomarer Abfälle durch das Kreisgebiet sind nicht akzeptabel. Wir setzen uns dafür ein, dass die gegen die Genehmigung klagenden Gemeinden des Kreisgebietes (Vechelde, Lengede) auch finanziell unterstützt werden. Wie bisher werden wir weiterhin für eine **materielle und ideelle Unterstützung** der **Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad** eintreten.

Bildung – Schulpolitik – Kinderbetreuung

Der Standort Deutschland wird zukünftig verstärkt gemessen werden an der Verfügbarkeit gut ausgebildeter Menschen. Auch als Standortfaktor zwischen den einzelnen Regionen wird das Bildungsangebot immer wichtiger.

- Bündnis 90/Die Grünen fordern die **flächendeckende Einführung von Ganztagschulen** im Landkreis Peine mit ganzheitlichen pädagogischen Konzepten und dem Angebot einer Mittagsmahlzeit in Mensen oder Cafeterien vor Ort. Die notwendige zusätzliche Lehrerversorgung in diesem Bereich muss durch die Landesregierung erfolgen. Billiglösungen nur zur Schülerverwahrung tragen wir nicht mit. Ganz besonders dringen wir auf **sozialpädagogische Fachbetreuung** an jeder größeren Schule.
- Wir wollen den **Erhalt der kleinen Grundschulstandorte** im Landkreis, solange sich dieser durch Mindestanzahlen der zu erwartenden SchülerInnenjahrgänge rechtfertigen lässt.
- Unser zentrales Anliegen ist die Einführung der **gymnasialen Oberstufe an der IGS Peine-Vöhrum**. In der heutigen Zeit müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um durch ein breit gefächertes Bildungssystem die Abiturquoten zu erhöhen. Wir halten die negative Bewertung des Landkreisantrags durch die Landesregierung für falsch. Die bestehenden Gymnasien haben bereits jetzt

Probleme, alle SchülerInnen aufzunehmen.

Mit der Einführung einer eigenen Oberstufe würden mehr Eltern motiviert, ihre Kinder mit Gymnasialempfehlung an der IGS anzumelden.

Realschülern mit einem Erweiterten Sek-I-Abschluss würde die Möglichkeit geschaffen, mit Gleichaltrigen gemeinsam das Abitur anzustreben, ohne die 10. Klasse wiederholen zu müssen.

Bündnis 90/Die Grünen werden alle Bestrebungen des Landkreises unterstützen, diese **Vervollständigung des Schulangebotes im Landkreis Peine** erfolgreich durchzusetzen.

- Wir fordern die bauliche **Sanierung und Instandhaltung der Schulstandorte** in Stadt und Landkreis unter Berücksichtigung von ökologischen und damit für unsere Kinder gesundheitlich unerlässlichen Aspekten.
- Besonders wichtig ist uns auch eine **angemessene Ausstattung der „Verlässlichen“ Grundschulen** mit finanziellen, räumlichen und sächlichen Mitteln durch die Kommunen.
Vor allem wollen wir bei der Landesregierung erreichen, die für SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern auf ein unerträgliches Maß zurückgestutzten Budgets aufzustocken, um den Schulen Vertretungsstunden und ausreichendes Betreuungspersonal zu gewährleisten.
Die bestehenden VGSen vermitteln Außenstehenden ein völlig falsches Bild von pädagogisch sinnvoller Arbeit. Sie werden durch die Finanz- und Bildungspolitik des Landes zu Verwahranstalten degradiert.
- Wir fordern eine intensive Förderung von **Konzepten zur Gewaltprävention und zum Konfliktmanagement** durch die Kommunen.
- Unsere Kinder sollen in der Nutzung moderner Kommunikationstechniken und -medien kompetent werden. Dazu gehören ein Internetzugang und ein Laptop für jeden Klassenraum.
- Die **SchülerInnenbeförderung** muss weiterhin **kostenfrei** bleiben.
- Wir sind für den **Erhalt des Schüler-Bafögs**, um es SchülerInnen aus allen sozialen Schichten zu ermöglichen, das Abitur anzustreben.
- Bündnis 90/Die Grünen fordern mehr **Plätze in Kindertagesstätten**, wie es der Gesetzgeber schon lange vorschreibt. Im Landkreis Peine ist dies bisher noch nicht flächendeckend erreicht.
Jedes Kind soll unabhängig von Herkunft und finanziellen Mitteln der Eltern die Möglichkeit zum Besuchs einer vorschulischen Einrichtung mit Bildungsauftrag haben.
Die Kommunen sollen die Betreuung aller Vorschulkinder durch pädagogisch geschultes Personal gewährleisten.
Wir wollen die **kostenfreie Nutzung** aller Kindertagesstätten erreichen.
Das Angebot von Krippen- und Hortplätzen muss erheblich erweitert werden.

Demographischer Wandel:

Unsere Gesellschaft altert. Es werden immer weniger Kinder geboren und gleichzeitig werden die Menschen infolge besserer Lebensbedingungen und medizinischer Fortschritte immer älter. Für den Raum Südostniedersachsen werden

für einige Teilbereiche sogar starke **Rückgänge der absoluten Bevölkerungsdichte** vorausgesagt.

Die Bevölkerung des Landkreises Peine wird nach aktuellen Prognosen in ihrer Gesamtzahl ungefähr stabil bleiben, die Altersstruktur wird sich aber auch hier bei uns grundsätzlich verändern.

Nach Meinung von Bündnis 90/Die Grünen wird auf diese Tatsache bislang auf kommunaler planerischer Ebene noch nicht genug eingegangen. Für zahlreiche Probleme, die aus diesem drastischen **Wandel der Bevölkerungsstruktur** ergeben werden, sind intelligente Lösungen in ganz unterschiedlichen Bereichen notwendig. Beispiele sind:

- Siedlungsentwicklung
Bereits heute sind Tendenzen feststellbar, dass klassische Baugebiete mit Einfamilienhäusern wenig Zukunft haben werden. Die Entwicklung moderner Wohnformen, die Zusammenleben und Solidarität zwischen den Generationen fördern, ist überfällig. Die Ausweisung völlig neuer Baugebiete erscheint in diesem Zusammenhang nicht sinnvoll.
- Versorgung
Der anhaltende Trend zur Verlagerung des Einzelhandels (v.a. im Bereich Lebensmittel) in die Randzonen der größeren Siedlungsbereiche führt zu Versorgungsengpässen bei Senioren, die nicht mehr Auto fahren. Infolge der steigenden Benzinpreise wird diese Problematik aber auch bald Familien treffen, die sich dann den Zweitwagen nicht mehr leisten können. Viele kleinere Ortschaften im Landkreis Peine haben schon jetzt keinen Lebensmittel-Einzelhandel mehr.
- Verkehr
Der ÖPNV im Landkreis Peine ist eigentlich nur noch ein Anhängsel des Schülertransports. In den Schulferien fällt ein Großteil der Verbindungen weg. Die Mobilität von Senioren wird aber in Zukunft vermehrt vom öffentlichen Verkehr abhängig sein.

Es wird Aufgabe der Vertreter von Bündnis90/Die Grünen sein, diese Problematik vermehrt in die kommunalen Gremien zu tragen.

Sozialpolitik

Die kommunale Sozialpolitik befindet sich angesichts knapper Finanzen zunehmend in der Defensive. Sogenannte „freiwillige Leistungen“ drohen in Zeiten leerer kommunaler Kassen schnell als Einsparpotential gekürzt zu werden. Es muss aber gesehen werden, dass der Abbau von Sozialleistungen zu einer Zunahme von Kosten in anderen Bereichen (Gesundheitswesen, Heimkosten, Justiz) führt. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen persönliche und soziale Probleme wachsen, ist es besonders wichtig, soziale Strukturen zu erhalten und nicht zu zerschlagen. Bündnis 90/Die Grünen setzen daher andere Akzente und stehen

- für die Förderung sozialer Initiativen
- gegen Ausgrenzung
- für unbürokratische Hilfen

Prävention

Bündnis 90/Die Grünen haben die Einrichtung eines Präventionsrates im Landkreis Peine unterstützt. Dieser ist mit Leben zu füllen, z. B. durch die Ausstattung mit finanziellen Mitteln für eigenständige Projekte.

Es muss stärker Wert darauf gelegt werden, nicht erst tätig zu werden, wenn ein Kind auffällig geworden ist, sondern bereits im Vorfeld durch präventive Angebote.

Jugend

Kinder und Jugendliche sind selbst aktiv an Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Der Jugendhilfeausschuss entscheidet zwar über Maßnahmen im Jugendbereich, ist jedoch kein Vertretungsorgan der Kinder und Jugendlichen, die nur über den Vertreter des Jugendrings Sitz und Stimme im Ausschuss haben.

Bündnis 90/Die Grünen fordern daher:

- die Ausschöpfung der Möglichkeiten zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- Einbindung der Kinder und Jugendlichen über neue Beteiligungsformen (z.B. ein „Kinderrat“)
- aktive **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen** bei konkreten Maßnahmen wie der Planung von Jugendeinrichtungen und -fahrten oder der Gestaltung von Schulen und Schulhöfen

Integration beeinträchtigter Menschen

Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich **gegen eine Ausgrenzung von Menschen** aus, die in Teilbereichen Probleme haben und damit als behindert gelten. Wir halten eine Politik grundsätzlich für falsch, die zunehmend Sondereinrichtungen schafft wie Sprachheilkindergärten, Sprachheilklassen oder den jetzt erneut geplanten Ausbau der Sonderschule für geistig Behinderte. Diese erheblichen finanziellen Mittel sind besser einzusetzen für Maßnahmen, die die **Integration fördern**. Der Ausschluss beeinträchtigter Kinder aus KITAs und Schulen hat großen Einfluss auf die Lebensqualität. Er führt zu Isolation, Ausgrenzung und Stigmatisierung.

- Für Kindertagesstätten und auch Schulen ist ein Konzept zur integrativen Betreuung aufzustellen. Die beteiligten Eltern, ErzieherInnen, LehrerInnen, Träger der KITAs und die MitarbeiterInnen der vorhandenen Sondereinrichtungen sind zur Erarbeitung des Regionalen Konzepts an einen Runden Tisch zusammenzubringen.
- Beim Neubau oder Umbau von Kindergärten und Schulen ist auf eine barrierefreie Bauweise und Ausstattung zu achten, denn ein Mensch, der einen Rollstuhl benutzt, wird ein Behinderter, wenn Barrieren errichtet sind, die nicht allein überwunden werden können.
- Andere öffentliche Bauten müssen ebenfalls barrierefrei ausgestattet werden.

Ein besonderer gesellschaftspolitischer Skandal ist es für Bündnis 90/ Die Grünen, dass die Verwaltung des Landkreises sich bisher nicht in der Lage sah, die gesetzlich vorgeschriebene Quote der Beschäftigung von Schwerbehinderten zu erfüllen.

Arbeit

Politisches Handeln selbst kann keine Arbeitsplätze schaffen. Politik schafft aber die Rahmenbedingungen, die zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen führen sollen. Hierbei sind die Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene allerdings begrenzt.

Angesichts der aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt ist verstärkt festzustellen, dass nur Bildung und Qualifizierung Menschen in Arbeit bringen kann.

Für den Landkreis Peine, der als Optionskommune eine besondere Verantwortung für diesen Bereich übernommen hat, stellen sich damit weiterhin wichtige Aufgaben. Der Schwerpunkt sollte aus Sicht von Bündnis90/Die Grünen in der **Förderung junger Menschen** liegen. Vom Grundsatz her sind natürlich alle Altersgruppen wichtig. Besonders bei jungen Menschen ist aber ein Motivationsverlust durch frühzeitiges Abrutschen in Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu verhindern. Es darf nicht noch einmal dazu kommen, dass der Landkreis Peine Bundesmittel in Höhe von 3,5 Mill. €, die für die Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen vorgesehen waren, ungenutzt zurückgibt.

Umwelt-, Natur- und Landschaftsschutz

Boden, Wasser und Luft sind Lebensgrundlagen für Mensch, Tier und Pflanze. Der Mensch ist von einem intakten Wirkungsgefüge abhängig. Deshalb ist der verantwortungsvolle Umgang mit allen Naturgütern unerlässlich. Auch in Zeiten knapper öffentlicher Kassen dürfen **Umwelt- und Naturschutz nicht vernachlässigt** werden.

Die Landschaft des Landkreises Peine ist geprägt von intensiver landwirtschaftlicher und industrieller Nutzung. Die Verkehrs- und Siedlungsflächen nehmen immer weiter zu und der **Druck auf die schützenswerten Lebensräume** wächst. Auffällig ist der geringe Waldanteil, der deutlich unter Landes- und Bundesdurchschnitt liegt. Die Möglichkeiten der Landschaftsnutzung zur Freizeitgestaltung sind im Landkreis begrenzt.

Die folgenden Ziele wollen Bündnis 90/Die Grünen auf Kreisebene durchsetzen:

- Schaffung eines Wegenetzes zur Freizeitgestaltung (Spazieren gehen, Wandern Radfahren etc.) über Gemarkungs- und Gemeindegrenzen hinaus
- Möglichkeiten zum „Natur-Erleben“ verbessern (Schaffung von Ausflugszielen wie z.B. Aussichtspunkten mit dem Nebeneffekt der Besucherlenkung)
- Schaffung von Wildschutzgebieten (Beschränkung der Jagd) in Naturschutzgebieten
- Sanierung und Renaturierung aufgegebener Gewerbe- und Industrieflächen
- Fortsetzung des Programms zum Flächenkauf für den Naturschutz (Fuhserenaturierung)
- Anlage weiterer Waldflächen
- Förderung von Betrieben mit nachhaltiger Landbewirtschaftung
- Verwendung ökologisch und regional erzeugter Produkte im Krankenhaus, in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen, in denen Menschen gepflegt werden

Mehr denn je ist ein **nachhaltiges Wirtschaften mit den Ressourcen** sowie ein verändertes Konsum- und Produktionsverhalten unumgänglich. Auch die besten Umwelttechnologien beheben nicht die Ursachen der Umweltbelastung. **Ressourcenschonende Produktion und Vermeidung von Abfall** muss deswegen die Handlungsmaxime für Industrie, Handwerk und Privathaushalt sein.

Verkehr

Die **Sicherheit auf öffentlichen Straßen** muss erhöht werden. Auch Kinder, ältere Menschen und RadfahrerInnen müssen sich sicher bewegen können. Um mehr Verkehrssicherheit zu erreichen, fordern Bündnis 90/Die Grünen:

- **Ausbau und Sanierung der Radwege** an Kreisstraßen
- **Verkehrsberuhigungsmaßnahmen** an Kreisstraßen durch Einrichtung von Kreisverkehren
- Deutliche Fahrbahnverswenkungen mit Querungshilfen
- Aufpflasterungen am Ortseingang und im Ort
- **Rückbau von Ortsdurchfahrten** bei Sanierungsmaßnahmen zugunsten des Fußgänger- und Fahrradverkehrs
- Weiterer Ausbau von **Radarkontrollen an Gefahrenschwerpunkten**

Neben dem Fahrradverkehr ist der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) zu stärken durch:

- **Ablehnung von überzogenen Fahrpreiserhöhungen** des Tarifverbundes, die über der allgemeinen Teuerungsrate liegen. Stattdessen sollen die Fahrpreise z.T. eher reduziert werden, um Fahranreize zu schaffen
- Einrichtung einer echten **Mobilitätszentrale**. In einer Mobilitätszentrale (z.B. im Bahnhof) sollen alle Leistungen (Verkauf, Information, Beratung u.a.) rund um den ÖPNV und andere Mobilitätsträger aus einer Hand angeboten werden.
- Einrichtung eines **Fahrgastbeirates** für die neu gestaltete VG Peine. Hier sollen Vertreter von Fahrgast-, Behinderten- und Seniorenverbänden sowie „ganz normale Fahrgäste“ das Verkehrsunternehmen VG Peine beraten und auf die Abstellung von Schwachpunkten hinwirken.
- **Verknüpfung von Bahn und Bus** verbessern. Zur Zeit gibt es noch keinerlei Kommunikation zwischen Bahn- und Busmitarbeitern bei Zugverspätungen. Mehr Mittel für Werbung im Etat der VG Peine.
- Endlich den Übergangstarif VRB/GVH durchsetzen! Dadurch können Fahrgäste **mit einer Fahrkarte (auch Einzelfahrschein) vom Großraum Braunschweig in den Großraum Hannover** und umgekehrt fahren.
- Einführung von **Anruf-Sammeltaxi-Verkehren (AST)** zu Schwachlastzeiten (Wochenende, abends). Diese ÖPNV-Leistung wird nur bei vorherigem Anruf erbracht.

- Chaotische Zustände in Bussen durch Überfüllung mit Schülern vermeiden: **zusätzliche Busse für mehr Sicherheit.**

Kommunalpolitik von und für Frauen

Bündnis 90/Die Grünen sehen die Frage nach Gleichstellung und Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen als Voraussetzung einer solidarischen Modernisierung unserer Gesellschaft an.

Daher verstehen wir Frauen- und Geschlechterpolitik als Querschnittsaufgabe, die in allen Politikfeldern und auf allen Ebenen zu verankern ist. Wir treten auch für eine verstärkte Teilhabe von Frauen in der Politik, ihren Gremien und Entscheidungsprozessen ein – dies sehen wir als einen Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit. Nur so kann gewährleistet werden, dass Politik die vielfach unterschiedliche Lebensrealität von Frauen und Männern im Blick behält. **Der Anspruch der Frauen auf gleichberechtigte Teilhabe** in der Gesellschaft, in allen sozialen Beziehungen, im Erwerbsleben und in der Politik muss endlich eingelöst werden. Wir wollen etwas tun, damit dies Wirklichkeit werden kann. Denn trotz Frauenförderung sitzen nach wie vor Männer an den Schalthebeln der Macht in Wirtschaft, Verwaltung und Politik.

Parteiintern verfolgen wir diese Zielrichtung mit einer konsequent paritätischen Besetzung von Parteifunktionen und Listenplätzen. Andere machen Politik für Frauen, **bei den GRÜNEN machen Frauen Politik.** GRÜNE Frauen haben Anspruch auf die Spitzenpositionen. So kandidieren für den Kreistag, die Kommunen und viele Frauen für Bündnis 90/DIE Grünen. Frauenpolitik verändert sich. Im Vordergrund stehen heute Probleme wie Berufswahl, die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf, die Chancen auf einen Ausbildungsplatz und auch die Weiterbeschäftigung nach der Ausbildung von Frauen in sog. Männerberufen. Frauen müssen gleichberechtigt an der Erwerbsarbeit, Familienarbeit, Einkommen, politischer und wirtschaftlicher Macht teilhaben können.

Die **Stärken der Frauen müssen in allen Bereichen herausgestellt werden** und es müssen die Rechte der Frauen eingefordert werden, dort, wo sie immer noch missachtet werden. Und hier ist auch der Ansatzpunkt für Bündnis 90/DIE Grünen im Landkreis Peine.

Es gibt genügend frauenpolitische Themen, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Sie brauchen einen langen Atem - auch im Landkreis Peine. So kämpfen wir seit Jahren gegen

- die weibliche Armut
- die Ausgrenzung allein erziehender Mütter
- die verweigeren Aufstiegschancen
- die sexuelle Gewalt gegen Frauen und Kinder
- die ungerechte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern

Wir unterstützen die Fraueninitiativen vor Ort. Die Verbände und andere Institutionen, die sich dieser Aufgabe gestellt haben und sie für den Landkreis Peine erfüllen, können sich auf unsere Unterstützung verlassen.

Finanzen

Kommunale Finanzpolitik sollte nicht unabhängig von den jeweils zugehörigen Inhalten betrachtet werden. Pauschale Kürzungen ganzer Haushalte sind auch in Zeiten leerer öffentlicher Kassen nicht zielführend. Vielmehr muss sorgfältig geprüft werden, in welchen Bereichen eine Reduktion des Niveaus der Aufgabenerledigung akzeptiert werden kann.

Die **Finanzlage des Landkreises Peine** hat sich in den letzten Jahren **weiter verschärft**. Der Haushaltsplan 2006 weist einen Fehlbetrag von 66 Millionen € auf, der bis zum Jahr 2009 auf 106 Millionen steigen wird. Die Entscheidung zur Optionskommune hat bisher zu keiner wesentlichen Verbesserung geführt. Auch die Ausgliederung der Grundstücke und Gebäude zum Immobilienwirtschaftsbetrieb (IWB) bringt noch keine Entlastung. Allein für den Brandschutz in Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden schiebt der IWB einen Investitionsstau von 40 Millionen € vor sich her. Dagegen haben die Transparenz und die Mitwirkungsmöglichkeit der Kommunalpolitik bei vielen Entscheidungen abgenommen.

Eine grundlegende kommunale Finanzreform steht weiterhin aus. Unabhängig davon muss der Landkreis, will er seinen Fortbestand nicht gefährden, mit allen Mitteln versuchen seine **finanzielle Lage zu verbessern**. Dazu fordern Bündnis 90/Die Grünen

- **Erhöhung der Kreisumlage** unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit von Stadt und Gemeinden
- Ausbau der **interkommunalen Zusammenarbeit** z.B. bei den Straßenmeistereien und der Grünflächenpflege
- **Reduzierung des Straßenausbaus** auf sicherheits- und substanzerhaltende Maßnahmen
- **Verkauf von Grundstücken** und Gebäuden die vom Landkreis nicht mehr benötigt werden, z.B. ehemaliges Krankenhausgelände Sundernstraße
- Nutzung des Tarifvertragsrechts (TvöD neu) zur befristeten Besetzung von Führungspositionen und für Leistungsanreize

Trotz teilweise dramatisch schlechter Finanzlage sollten die Kommunalverwaltungen im Landkreis Peine nicht jede mögliche Privatisierung durchführen. Die Kommunen berauben sich so selbst ihrer Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten für eine kurzfristige Verbesserung der Haushaltssituation.

Bündnis 90/Die Grünen lehnen weitere Privatisierungen im Bereich der Ver- und Entsorgung **grundsätzlich ab**.